

DGB-Rentenkonzept

## Rente durch Demografie-Reserve sichern

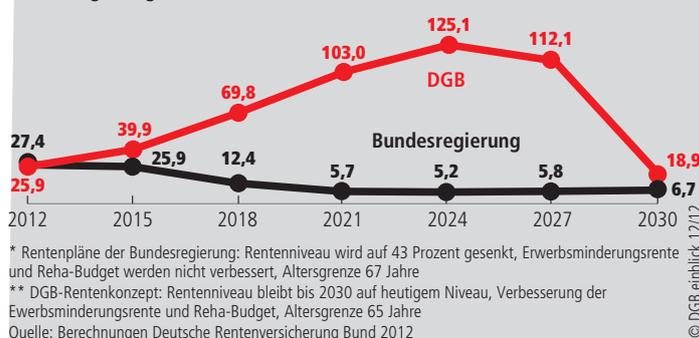
Mit einem neuen Rentenkonzept zeigt der DGB, wie das heutige Rentenniveau auch in Zukunft gesichert werden kann. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sind das Mindestanforderungen, „um den Absturz der Rente für die junge Generation aufzuhalten“.

Demnach soll der Rentenbeitrag von heute 19,6 Prozent nicht gesenkt, sondern der demografischen Entwicklung angepasst und in jährlichen Schritten um je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber angehoben werden. Bis zum Jahr 2025 würde der Rentenbeitrag auf die heute geltende, gesetzliche Höhe von 22 Prozent steigen. Dadurch entsteht eine Demografie-Reserve, mit der die Rente der Zukunft deutlich verbessert werden kann. Für Durchschnittsverdienende mit einem Monatseinkommen von 2600 Euro kostet dies jedes Jahr nur einen zusätzlichen Beitrag von 2,60 Euro im Monat.

Die von der Bundesregierung geplante Senkung des Rentenniveaus um knapp 20 Prozent bis zum Jahr 2030 kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach als unverantwortlich. Durchschnitts-

### DGB: Rücklage ausbauen

Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage nach den Konzepten der Bundesregierung\* und des DGB\*\* (in Milliarden Euro)



**Wenn das DGB-Rentenkonzept umgesetzt wird, kann das heutige Rentenniveau gehalten und die Erwerbsminderungsrente sowie das Reha-Budget spürbar verbessert werden. Trotzdem bleiben dann noch Reserven von 182 Mrd. Euro, sodass auch die Rente mit 67 abgeschafft werden kann. Übrig bleiben im Jahr 2030 immer noch 18,9 Milliarden Euro.**

verdienerInnen müssten dann 33 Jahre ohne Unterbrechung arbeiten, um eine Rente knapp über der Grundsicherung zu erhalten. Der DGB fordert die Koalition deshalb auf, den Rentenbeitrag zum Jahresende nicht wie geplant auf 19,2 oder 19,0 Prozent abzusenken. Mit sofortiger Wirkung müsse die gesetzlich vorgesehene Begrenzung der Nachhaltigkeitsrücklage abgeschafft werden. Ein gesetzlicher Regelungsmechanismus sieht vor,

den Beitragssatz zu senken, wenn die Rücklage 1,5 Monatsausgaben im Folgejahr übersteigt. Darauf beruft sich Schwarz-Gelb bei der geplanten Beitragssenkung. So soll die Rücklage von jetzt 25 Milliarden Euro bis 2019 auf das gesetzliche Mindestmaß von 0,2 Monatsausgaben abgeschmolzen werden. „In wenigen Jahren wäre dann eine drastische Beitragserhöhung nötig, ohne dass die Entwertung der Rente aufgehalten wird“, erklärt Buntenbach.

Im Bezug auf das DGB-Rentenkonzept stellt Buntenbach klar, dass sich der DGB nicht auf eine Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent festgelegt hätte. „Wir zeigen jedoch mit unserem Konzept, dass die 22-Prozent-Marke nicht automatisch zu einer weiteren Niveauabsenkung führt, sondern dass eine bessere Rente für die heute Jungen auch innerhalb dieser Grenze möglich ist.“

## plusminusBERLIN

**- Jörg von Pohlheim (FDP) sieht keinen Bedarf, Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern gesetzlich zu regeln. Er befand im Bundestag: „Nicht alles muss Vater Staat regeln.“ Ohne Regeln habe sich schließlich der Anteil weiblicher Aufsichtsräte erhöht.**

**+ „Vielleicht sollte Mutter Staat mal was regeln“, entgegnete Christian Lange (SPD) während der Sitzung im Bundestag. Anlass der Debatte war eine Initiative der SPD-Bundestagfraktion für ein Entgeltgleichheitsgesetz für Frauen und Männer.**

Seite 3

### Immer erreichbar

**Smartphone und Co. lassen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Neue Regeln müssen her**

Seite 5

### Jugend ohne Hoffnung

**Die Finanzkrise trifft die Jugend in Europa besonders hart. 5,5 Millionen unter 25 Jahren sind arbeitslos. Zwei junge GewerkschafterInnen aus Irland und Spanien schildern, wie die Lage in ihrem Land ist**

Seite 7

### Transformation als Ziel

**Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche und Umweltschutzverbänden hat der DGB den Transformationskongress ausgerichtet. einblick zeigt, um was es ging und wie es weiter geht**



### Der Surf-Tipp fürs Internet

[bit.ly/antidiskr\\_bericht](http://bit.ly/antidiskr_bericht)

Der Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu anonymisierten Bewerbungsverfahren

### Hintergrund

[www.dgb.de/l-fyw](http://www.dgb.de/l-fyw)

Das DGB-Konzept für eine sichere Rente der Zukunft – mit Zahlen, Fakten und dem Statement von Annelie Buntenbach

DGB

## Unterstützung erwünscht

**Aktiv mitbestimmen und Politik gestalten geht auch über die Unterstützung internationaler Aktionen. Der DGB empfiehlt, sich einzumischen bei der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“. Die KollegInnen von T-Mobile USA benötigen internationale Solidarität, um ihre Rechte durchzusetzen. Amnesty International sammelt Unterschriften für die Petition „Hände hoch für Waffenkontrolle“.**

### ► Wasser: Bezahlbar und sauber

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) fordert mit der ersten europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ von der EU eine Garantie für sichere, saubere und bezahlbare Trinkwasserversorgung. Europaweit müssen eine Million Unterschriften gesammelt werden. ver.di und auch der DGB hoffen auf eine breite Zustimmung, um in Deutschland mindestens 130 000 MitstreiterInnen zu finden. [www.right2water.eu](http://www.right2water.eu)

### ► T-Mobile USA: Gewerkschaftsrechte

Die US-Tochter der Deutschen Telekom verhindert in ihren amerikanischen Niederlassungen systematisch jedes Engagement von Gewerkschaften (*einblick 10/12*). Mit einer internationalen Petition fordern die Gewerkschaften nun ihre Rechte ein. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat – ebenso wie seine Vorstandskollegen Dietmar Hexel und Claus Matecki – die Petition bereits unterzeichnet. [bit.ly/MAWu8E](http://bit.ly/MAWu8E)

### ► Waffen: Kontrolle verschärfen

Mit einer Online-Petition will Amnesty International (AI) die UNO unter Druck setzen, endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel zu beschließen. Laut AI gebe es zwar internationale Regeln für den Handel mit Bananen, aber keine für Rüstungsgüter. Wie bereits 2009 von den UNO-Mitgliedsländern vereinbart, könnte in diesem Jahr ein solcher Vertrag beschlossen werden. Unter dem Titel „Hände hoch für Waffenkontrolle“ wirbt Amnesty für einen starken Waffenkontrollvertrag. Der DGB ruft zur Unterstützung der Kampagne auf. [bit.ly/LzR9vq](http://bit.ly/LzR9vq)

Entgeltgleichheit

## Gesetzliche Regelung

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum Entgeltgleichheitsgesetz wird vom DGB begrüßt. Danach werden die Betriebe zur Überprüfung verpflichtet, ob Frauen und Männer tatsächlich für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Gemeinsam müssten dann Arbeit-

geber, Betriebs- und Personalräte sowie die Tarifvertragsparteien einen Weg suchen, die unterschiedliche Entlohnung entsprechend zu verändern. Damit erhöhe sich der Druck auf die Unternehmen, lobt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Allerdings seien in diesem Entwurf die BeamtInnen nicht mit eingeschlossen. Zudem würde die gesetzliche Regelung erst in Betrieben ab 15 Beschäftigten gelten.

Whistleblower

## Ungenügender Schutz

Der DGB wünscht sich mehr rechtliche Sicherheit für Beschäftigte, die auf Missstände in ihren Unternehmen aufmerksam machen (*einblick 5/2012*). Diesen so genannten WhistleblowerInnen drohe heute „im Zweifel die Kündigung“, kritisiert Martina Perreng, Arbeitsrechtsexpertin des DGB, die bislang fehlende gesetzliche Grundlage.

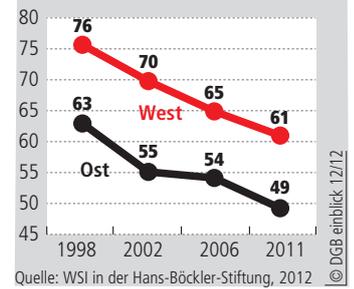
Doch trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes im vergangenen Jahr ist die Bundesregierung nach wie vor der Auffassung, dass innerbetriebliche Regelungen gegenüber jeder Gesetzesänderung die bessere Lösung seien. Mitte Juni diskutierte der Bundestag einen Entwurf von Bündnis 90/Die Grünen für ein „Whistleblower-Schutzgesetz“.

Auch die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im September 2011 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Der Entwurf der Grünen wurde an die Bundestagsausschüsse weitergeleitet. Doch selbst über die Federführung des Ausschusses wurde keine Einigkeit erzielt. Die Koalition sieht den Schwerpunkt im Ausschuss für Arbeit und Soziales, die Antragsteller hingegen erwarten, dass der Rechtsausschuss die Federführung übernimmt. Generell ist allerdings ein Umdenken auf der Regierungsbank nicht in Sicht, schätzt Perreng. ●

Dies grenze einen großen Teil der Belegschaften aus, kritisiert die stellvertretende Vorsitzende. Gerade Frauen seien aber vor allem in kleinen Betrieben beschäftigt. Die VertreterInnen der schwarz-gelben Regierungskoalition lehnten in der Bundestagsdebatte das Gesetz grundsätzlich ab. Bündnis 90/Die Grünen würden hingegen – ebenso wie Fraktion Die Linke – eine gesetzliche Regelung befürworten. ●

## Auf Talfahrt

Tarifbindung der Beschäftigten 1998 - 2011 (in Prozent)



**Die Tarifbindung ist rückläufig, stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest. Die Tarifbindung West verringerte sich von 2010 auf 2011 von 63 auf 61 Prozent, im Osten von 50 auf 49 Prozent.**

Minijobs

## Pilotprojekt im Jobcenter

Das Geld der Minijobber reicht nicht zum Leben. Und letztlich wartet eine Minirente. Die Bundesagentur für Arbeit hat nun ein Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen gestartet. Ausgewählte Jobcenter versuchen gezielt, Menschen aus unterbezahlter Stundenarbeit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Mit einigem Erfolg, wie der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider bestätigt. Die Bundesagentur für Arbeit würde sich wünschen, dass dieses Projekt bundesweit „Schule macht“.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach findet den Ansatz ebenfalls positiv. Allerdings bezweifelt sie, dass dieses beratungsintensive Projekt bei mittlerweile fast sieben Millionen solcher 400-Euro-Jobber tatsächlich im erforderlichen Umfang erfolgreich sein kann. „Das Problem der Minijobs kann nicht durch Einzelfallberatung gelöst werden. Der Gesetzgeber muss umsteuern und die Fehlanreize für Kleinstbeschäftigungen beseitigen. Sonst haben wir dauerhaft zwei Klassen von Beschäftigten am Arbeitsmarkt“, so Buntenbach. ●

# GEWERKSCHAFTEN

Zukunft der Arbeit

## Klare Regeln für Smartphones

Smartphones und Tablet-PCs lassen die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwinden. Denn viele Unternehmen erwarten ständige Erreichbarkeit und Arbeitsbereitschaft der Beschäftigten. Doch Gewerkschaften und Betriebsräte steuern gegen.

Der Gebrauch von Smartphones, Tablet-PCs und Notebooks hat die Arbeitswelt verändert, die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit existieren nicht mehr. Viele Beschäftigte arbeiten zunehmend „mobil“. Gleichgültig, ob das Handy nach Feierabend dienstlich klingelt oder schnell noch eine Mail zu beantworten ist, die moderne Technik macht es möglich: Die Beschäftigten sind im Dienste des Arbeitgebers abends oder am Wochenende per Mail, SMS oder Anruf erreichbar. Ein permanenter Standby-Betrieb, der Fragen aufwirft: Wann endet die Arbeitszeit, wann beginnt der Feierabend? Frank Steinwender, Experte für mobile Telefonie der Technologieberatungsstelle (TBS) des DGB NRW, beschreibt das Phänomen als „Entgrenzung von Arbeitsort und -zeit“. Er kritisiert: „Es wird nicht nur vorausgesetzt, dass man erreichbar ist, sondern auch stets arbeitsfähig.“

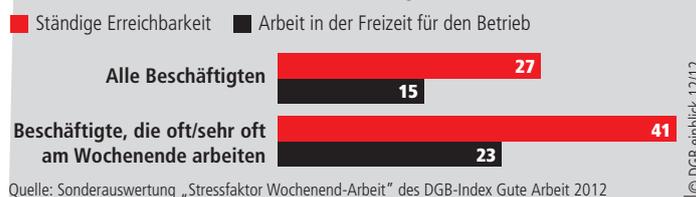
Dies bestätigt auch die Sonderauswertung „Stressfaktor Wochenend-Arbeit“ des DGB-Index Gute Arbeit. Danach müssen 27 Prozent der Beschäftigten in ihrer Freizeit häufig oder sehr häufig dienstlich erreichbar sein. 15 Prozent müssen in der Freizeit oft oder sehr oft Aufgaben für den Betrieb erledigen. Mittlerweile hat auch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Problem erkannt und fordert: „In der Freizeit sollte Funkstille herrschen.“ Damit dies nicht auf freiwilliger Basis erfolgt – und so die Verantwortung bei den ArbeitnehmerInnen liegt – fordert der DGB von der Bundesregierung eine Anti-Stress-Verordnung mit klaren Regeln als Ergänzung zum Arbeitsschutz-Gesetz. „Die Arbeitgeber

müssen dafür sorgen, dass die zum Teil erhebliche Kluft zwischen der vereinbarten und der tatsächlichen Arbeitszeit verringert wird“, erklärt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Mit Betriebsvereinbarungen wirken Betriebsräte und Gewerkschaften der dauerhaften Erreichbarkeit und der Entgrenzung der Arbeit entgegen. Darin wird etwa die Nutzung von Diensthandys nach Feierabend eingeschränkt.

### Stressfaktor Erreichbarkeit

Anteil der Beschäftigten, die für den Arbeitgeber in ihrer Freizeit sehr oft oder oft erreichbar sein müssen oder für den Betrieb tätig sind (in Prozent)



### Die Belastungen am Arbeitsplatz lassen immer weniger Zeit für Erholung, Kultur und Familie.

Prominent ist das Beispiel von VW, deren Firmen-Smartphones auf Initiative des Betriebsrats seit August 2011 vor und nach Dienstbeginn sowie am Wochenende keine Mails mehr empfangen. In der Vereinbarung heißt es: „Das Smartphone wird grundsätzlich während der Anwesenheit im Betrieb genutzt, außerhalb der Anwesenheit im Betrieb sind die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt.“ Von 18.15 Uhr bis 7 Uhr und am Wochenende steht nur die Telefonfunktion zur Verfügung. Außerdem soll das Smartphone in der Regel im Betrieb bleiben. Wolf-Dieter Rudolph, Fachanwalt für Arbeitsrecht, erklärt: „Die permanente Erreichbarkeit empfinden die Beschäftigten als Stress, und der führt zu psychischen Erkrankungen. Um derartige

Szenarien präventiv zu verhindern, sind die Betriebsräte gefragt.“

Herausforderungen an den Datenschutz ergeben sich für Gesetzgeber, Betriebsräte und Gewerkschaften aus den neuen Ortungsfunktionen: iPhone & Co. hinterlassen weltweit Spuren, der jeweilige Aufenthaltsort der NutzerInnen ist bis auf wenige Meter lokalisierbar. Es sind nicht nur die Bewegungsprotokolle, mit denen Big Brother grüßen lässt. Mails, Skype- und Chat-Protokolle, selbst Surfpuren sind durch den Arbeitgeber auslesbar und machen eine hundertprozentige Überwachung möglich. Die Arbeitgeber halten

## Stressfaktor Wochenendarbeit

Wie sehr die zunehmende Entgrenzung der Arbeitswelt die ArbeitnehmerInnen belastet, zeigt die Sonderauswertung Wochenendarbeit des DGB-Index Gute Arbeit.

Für 35 Prozent der Beschäftigten in Deutschland ist Wochenendarbeit die Regel: 15 Prozent arbeiten sehr häufig, 20 Prozent oft samstags oder sonntags. Am stärksten betroffen: das Gastgewerbe – hier gaben 80 Prozent an, oft oder sehr oft am Wochenende zu arbeiten. Aber auch im Handel (54 Prozent), im Gesundheits- und Sozialwesen (50 Prozent) und in Bildung und Erziehung (40 Prozent) arbeiten Menschen überdurchschnittlich oft am Wochenende.

Gerade Beschäftigte mit niedrigem Einkommen oder in Teilzeit sind häufig oder sehr häufig am Wochenende tätig: 38 Prozent mit einem Einkommen unter 800 Euro (Vollzeit) sowie 41 Prozent der Geringverdiener in Teilzeit. Auch Frauen und jüngere Beschäftigte müssen überdurchschnittlich oft am Wochenende ran: 41 Prozent der Frauen in Teilzeit arbeiten oft oder sehr oft am Wochenende. Bei den 26- bis 35-jährigen Beschäftigten sind es 40 Prozent.

www.dgb.de/l68P

## NGG-Tagung

### Wandel gestalten

Schichtarbeit und körperlich anstrengende Tätigkeit verlangen den ArbeitnehmerInnen in der Ernährungswirtschaft viel ab. Ein Grund, sich auch mit den demografischen Herausforderungen in der Branche zu befassen. Das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt „Lösungen für demografische Herausforderungen in der Ernährungswirtschaft – Transfer von Beispielen guter Praxis“ hat sich in Kooperation mit der NGG mit dem Problem befasst. Auf einer abschließenden Fachtagung am 12. und 13. September sollen die Ergebnisse im Bildungszentrum Oberjosbach vorgestellt werden. In neun Themenforen erläutern ExpertInnen Beispiele guter Praxis, unter anderem zur altersgerechten Gestaltung von Schichtarbeit und zu psychischen Erkrankungen. ●

[www.bzo.de](http://www.bzo.de)

## Falken

### Gegen rechts rüsten

Rechtsextreme verübten 2011 zwei Brandanschläge auf das „Anton-Schmaus-Haus“ des Kinder- und Jugendverbands der Falken in Berlin. Um Haus und Menschen nach dem Wiederaufbau vor Anschlägen

zu schützen, ist ein 190 Meter langer Zaun geplant. Die Falken bitten um Unterstützung: 5 Euro kostet ein Zentimeter Zaun, der symbolisch „erworben“ werden kann. Zu den Unterstützern gehören der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der Kabarettist Dieter Hildebrandt und die Liedermacher Reinhard Mey und Konstantin Wecker. ●

[www.bollwerk-gegen-nazis.de](http://www.bollwerk-gegen-nazis.de)

## mobifair

### Tatort Führerstand

Der Verein mobifair schlägt Alarm: Auf sächsischen Bahnstrecken sollen Lokführer einer privaten Betreiberfirma ohne Führerschein unterwegs sein. Nach Recherchen von mobifair verfügen die Lokführer zwar über die entsprechende Ausbildung, werden von ihrem Arbeitgeber aber nicht mit den erforderlichen Papieren ausgestattet. Der Hintergrund: Wer nicht über die Qualifikationsnachweise für seinen Beruf verfügt, hat keine Chance, bei einem anderen Arbeitgeber einen Job zu bekommen, vermutet mobifair. Der Verein fordert deshalb, die Kontrolldichte im Eisenbahnverkehr zu erhöhen. „Wenn Lokführer ohne Fahrerlaubnis ungehindert unterwegs sein können, stimmt etwas nicht“, kritisiert mobifair-Geschäftsführer Helmut Diener. ●

Foto: DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal

## wiewardiewoche?



**Der DGB Sachsen wirbt mit seiner Kampagne „Billig: Kommt Teurer“ für die Novellierung des Vergabegesetzes. Ralf Hron, Vorsitzender der DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal, berichtet von den Aktionen in seiner Region.**

*Im Rahmen der Kampagne ‚Billig: Kommt Teurer‘ setzen wir uns für ein neues Vergabegesetz ein, das auch soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt.*

*Denn klar ist: Billig kommt hinterher teurer. Beispiele gibt es genug: Die Eishalle Dresden hatte schon nach wenigen Jahren einen ‚Dachschaden‘, die Sporthalle in Freital musste bereits nach einem Monat wegen Schimmelbefalls gesperrt werden. Deshalb brauchen wir eine bessere Überprüfung der Vergabekriterien und mehr Kontrolle bei der Durchführung. Seit Anfang Juni touren wir durch Sachsen und werben bei Politik, Verbänden und Wirtschaft für dieses Anliegen. Gleichzeitig machen wir mit Straßenaktionen und Konferenzen auf das Thema aufmerksam – und erfahren von den Bürgerinnen und Bürgern große Unterstützung. Sie haben kein Verständnis dafür, dass mit der öffentlichen Auftragsvergabe die Lohndumping-Spirale weitergedreht wird. Die Menschen wissen: Niedriglöhne helfen nicht weiter. Wir werden also weiterhin Druck von unten aufbauen.*

[www.billig-kommt-teurer.de](http://www.billig-kommt-teurer.de)

## DGB-Filmpreis

### Jugendgewalt im Fokus

Der Regisseur Lars-Gunnar Lotz ist mit dem Filmpreis des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt ausgezeichnet worden. Im Mittelpunkt seines sozialkritischen Films „Schuld sind immer die Anderen“ steht der Jugendliche Ben, für den Gewalt und Raub zum

Alltag gehören. Nachdem er im Jugendknast gelandet ist, soll er in ländlicher Umgebung resozialisiert werden. Der DGB-Filmpreis ist mit 5000 Euro dotiert. ●

[niedersachsen.dgb.del-ffaM](http://niedersachsen.dgb.del-ffaM)

## DGB-Bildungswerk

### Grenzenlose Solidarität

Die Krise des Euro zeigt, wie eng die Volkswirtschaften Europas verflochten sind. Doch welche Möglichkeiten haben Gewerkschaften, darauf Einfluss zu nehmen? Um diese Frage geht es bei einem Seminar des DGB-Bildungswerks vom 26. bis 31. August in Hattingen. Von dort aus wird eine Exkursion in die Euroregion Maas-Rhein gestartet. Vor Ort soll der sozialen Geschichte und Gegenwart in der Region zwischen Aachen, Maastricht (NL) und Lüttich (Belgien) nachgegangen werden. In Gesprächen sollen Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit ausgelotet werden. ●

[bit.ly/seminar\\_euro](http://bit.ly/seminar_euro)

## interregio

●●● Gute Arbeit, Gestaltung der Energiewende, Bekenntnis zum Industriestandort und soziale Sicherheit – das sind die Eckpunkte des **rot-grünen Koalitionsvertrags** in NRW. Für den **DGB NRW** sind zentrale gewerkschaftliche Forderungen erfüllt. Bezirksvorsitzender Andreas Meyer-Lauber hält den Vertrag zum Teil für zu vage. Er fordert, nicht bei Bildung, Personal und Sozialleistungen zu sparen.

[www.nrw.dgb.del-ffHS](http://www.nrw.dgb.del-ffHS)

●●● Der **DGB Nord** bewertet die **Vorhaben der neuen Landesregierung** in Schleswig-Holstein überwiegend positiv. Zustimmung finden vor allem die Initiativen zu Mindestlohn, Energiewende und Ostseekooperation. Öffentliche Aufträge werden nur noch an tariftreue Firmen vergeben.

[www.nord.dgb.del-ffj9](http://www.nord.dgb.del-ffj9)

●●● Das vom **DGB Berlin-Brandenburg** initiierte Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Aus-

länderfeindlichkeit hat das **„Band für Mut und Verständigung“** verliehen. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zeichnete das Aktionsbündnis Cottbusser Aufbruch und das Bündnis Neukölln aus. Weitere Preise gingen an engagierte BürgerInnen aus der Region, unter anderem an Josefine Markarian, die Führungen zu Potsdamer Stolpersteinen anbietet, und die Jugendband „Hightek Music“.

[berlin-brandenburg.dgb.del-ffaR](http://berlin-brandenburg.dgb.del-ffaR)

# GEWERKSCHAFTEN

IGB-Umfrage

## Weltweite Zukunftsangst

Die Kürzungspolitik weltweit müsse sich ändern, fordert der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Michael Sommer. Erstmals liegt eine internationale repräsentative Befragung von Beschäftigten vor, die der IGB in 13 Ländern durchführen ließ. Das Ergebnis müsste die Politik aufhorchen lassen. So glauben 58 Prozent der Befragten, dass sich ihr Land in die falsche Richtung bewege. Noch mehr, 67 Prozent, sind überzeugt, dass Banken und Finanzinstitutionen zu viel Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen haben. Ebenso viele sind der Überzeugung, dass Wahlen keinen Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen haben. Zudem sorgen sich die Menschen zunehmend um ihren Arbeitsplatz und die Familieneinkommen.

Könnten die Befragten selbst entscheiden, wären 66 Prozent für staatliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, nur 24 Prozent sind für einen Schuldenabbau zu Lasten der öffentlichen Ausgaben. Michael Sommer wünscht sich, dass die Bundesregierung diese Ergebnisse ernst nimmt: „Der rigide Sparkurs der Bundesregierung ist nicht nur falsch, er hat auch keine Mehrheiten hinter sich.“ • [www.dgb.de/ffHz](http://www.dgb.de/ffHz)

Vergaberecht

## Berlin bleibt bei alter Regelung

Der DGB Berlin-Brandenburg protestierte mit Erfolg: Die geplante Verschlechterung im Vergabegesetz wird es nicht geben. Entgegen den Vorschlägen des Wirtschaftsausschusses (einblick 10/12) bleibt es bei der Lohnuntergrenze für Aufträge ab 500 Euro. •

IG BCE

## Leiharbeit wird besser bezahlt

Leiharbeitskräfte in der chemischen Industrie erhalten ab November mehr Geld. „Das enorme Entgeltgefälle zwischen Stammebeschäftigten und Leiharbeitnehmern wird ein kräftiges Stück abgetragen“, kommentiert der IG BCE-Tarifpolitiker Peter Hausmann den neuen Vertrag, den die IG BCE gemeinsam mit dem

Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) ausgehandelt hat. Bereits im Dezember 2011 hatten sich die Tarifparteien auf ein Grundsatzabkommen verständigt, diese Regelungen wurden jetzt konkretisiert. •

Finanzkrise

## Wenig Hoffnung für Europas Jugend

Die Krise in Europa trifft die Jugendlichen in den Krisenländern besonders hart. Inzwischen sind in der EU über 5,5 Millionen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. In Italien, Portugal und Irland ist rund ein Drittel der Jugendlichen betroffen, in Griechenland und Spanien sind mehr als 50 Prozent ohne Job. einblick hat zwei junge GewerkschafterInnen gefragt, wie es in ihrem Land aussieht.



„Die Situation für junge Menschen in Irland ist schwierig. Viele verlassen das Land. Im Moment liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 30 Prozent. Wir brauchen eine Strategie, damit die frühe Arbeitslosigkeit nicht das gesamte Leben prägt. Die Regierung versucht derzeit, die jungen Menschen möglichst lange in der schulischen Ausbildung zu halten. Außerdem soll die Arbeitsvermittlung reformiert werden. Zusätzlich wurde ein Programm für Praktika aufgelegt. Da besteht jedoch die Gefahr, dass es zur Jobauslagerung missbraucht wird. Das muss genau beobachtet werden.“

Loraine Mulligan (30), SIPTU, Irland

„Die Lage der spanischen Jugend ist dramatisch. Die Arbeitslosenquote für junge Menschen von 16 bis 24 Jahren liegt bei 51 Prozent. Die Hälfte der jungen Beschäftigten hat nur einen Teilzeitjob und ein Viertel einen befristeten



Vertrag, der längstens sechs Monate läuft. Die Jugendlichen sind verzweifelt. Weniger Rechte, keine Arbeit, unbezahlbare Unterkünfte, auch Bildung und Gesundheitsvorsorge haben sich verschlechtert. Für die Regierung hat aber die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben absolute Priorität. Dies wird nicht zur wirtschaftlichen Erholung führen.“

Ignacio Doreste Hernández (31), CCOO, Spanien

kurz&bündig



Mit Dumpinglöhnen und Werkverträgen hat sich die deutsche

Schlachtindustrie vom Importeur zum Exporteur entwickelt. Auf Kosten der Arbeitsplätze in Deutschland und den Nachbarländern. Ein Mindestlohn hätte das verhindert, ist sich die NGG sicher.



Prominente Künstler unterstützen die IG Metall bei ihrem

Einsatz für den Erhalt des Bochumer Opel-Werks. Mit dabei sind die Schauspieler Armin Rohde und Frank Goosen sowie der VfL Bochum. Die IG Metall erwartet ein tragfähiges Zukunftskonzept und die notwendigen Investitionen vom Opel-Management.



IG BAU und der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB)

fordern einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. In Ballungszentren drohe Wohnungsnot, die auch Familien mit mittleren Einkommen betreffe. Die Verdrängung ins Umland verursache zudem erhebliche ökologische Folgekosten.



Nur eine breit aufgestellte Hochschul-

landschaft garantiert exzellente Wissenschaft, betont ver.di anlässlich der zweiten Phase der Exzellenzinitiative. Diese dürfe nicht von zentralen Problemen des Hochschulsystems ablenken: 85 Prozent des wissenschaftlichen Personals sei nur befristet beschäftigt.



## Eine bessere Welt ist möglich

**Zwei Tage lang diskutierten rund 900 VertreterInnen von Gewerkschaften, evangelischer Kirche und Naturschutzverbänden gemeinsam mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen über Strategien zu mehr Nachhaltigkeit, Demokratie und einer gerechteren Gesellschaft. Vor 50 Jahren wäre eine solche Tagung zu diesem Thema noch undenkbar gewesen, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zu Beginn fest.**

„Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken“: Das war das Motto des Transformationskongresses in Berlin, zu dem DGB, Deutscher Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland

**„Alle großen Worte müssen auch herunter gebrochen werden in konkrete Politik: Was heißt Würde des Menschen zum Beispiel für arme Menschen, für prekär Beschäftigte?“**

*Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*

**„Wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weitermachen wie bisher, werden sich die Krisensituationen ständig verstärken und wird die Krisenhaftigkeit dieser Form des Wirtschaftens immer schneller, häufiger und heftiger zu Tage treten.“**

*Michael Sommer, DGB-Vorsitzender*

eingeladen hatten. GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Kirche und Umweltbewegung waren sich einig, dass weltweit Ungleichheit und Ungerechtigkeit zunehmen – gerade auch in der Krise. Ziel des Kongresses war es, gemeinsam Strategien für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in sozialen wie in ökologischen Fragen zu entwickeln. Das bestehende Wirtschaftssystem, das den Planeten über seine Regenerationsfähigkeit hinaus ausbeutet und zwischen den Menschen extreme Ungleichheit produziert, soll umgebaut, der Wachstumsbegriff neu definiert werden. „Neoliberalis-

mus und Deregulierung können überwunden werden, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, den Transformationsprozess in unserer Gesellschaft voranzutreiben und der demokratischen Politik endlich wieder den Primat über die Wirtschaft einzuräumen“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Konsens war in Berlin: Das Ziel der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft muss auch mehr Demokratie und Generationengerechtigkeit sein. Dazu werde die Jugend gebraucht. „Junge Menschen werden diese Welt verändern, wir müssen sie dabei unterstützen. Die Jugend ist nicht die Zukunft, die Jugend lebt jetzt – sie braucht unser Empowerment“, sagt Olav Fykse-Tveit, Generalsekretär des Ökumenischen Rates

**„Um mit Roosevelt zu sprechen: Wir haben ein Rendezvous mit dem Schicksal.“**

*Michael Müller, Vorsitzender der Naturfreunde Deutschland und Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings DNR*

der Kirchen. Die Zusammenarbeit der drei großen gesellschaftlichen Gruppen soll fortgesetzt werden. ●

Anzeige

## HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE

Setzen Sie ein Zeichen, damit die UNO endlich strikte Kontrollen für den weltweiten Waffenhandel beschließt.

Ihre Stimme rettet Leben.  
[www.amnesty.de/haendehoch](http://www.amnesty.de/haendehoch)

**AMNESTY INTERNATIONAL**

GERMANY

Julia Franz und Michael Brauchi, UN Photo / IC Melwane

# ESS BERLIN 8./9. JUNI



Fotos: DGB/Simone M. Neumann

## Kongresssplitter

Je größer die **Ungleichheit** in einer Gesellschaft ist, umso größer ist auch ihre Krisenanfälligkeit“, legte Prof. Richard Wilkinson, Gründer und Co-Direktor von Equality Trust, in seinem Eingangsreferat anhand von vielen Beispielen anschaulich dar. +++ „Ursache allen Übels ist die Ungleichheit zwischen Menschen“, stellte auch Prof. Dr. Brigitte Unger, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung fest. Es gelte daher vor allem, „Ungleichheiten zu vermindern“. Sie verwies dabei auf den griechischen Philosophen **Aristoteles**, der bereits im 4. Jh. v. Chr. proklamierte: „Kein Mensch soll zehnfach so viel verdienen wie ein Anderer.“ Ein zentrales Problem insbesondere in der aktuellen Eurokrise ist für Unger, dass wichtige politische Entscheidungen zunehmend von Expertengremien – vom Europäischen Gerichtshof bis zum EZB-Rat – gefällt würden. Sie forderte: Diese Gremien müssen sich öffentlich legitimieren. +++ **Mehr Demokratie wagen** empfahl Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Wer mehr Demokratie wagen wolle, müsse in die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger vertrauen. In der gegenwärtigen Schuldenkrise in Europa glaubten viele Deutsche, dass sie Europa nicht mehr bräuchten. Die Krise lasse sich aber nur lösen „durch Solidarität – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa“. +++ Wenn es um die Zukunft geht, ist vor allem auch die Meinung der **Jugend** gefragt. In kurzen Video-Einspielfilmen vor jeder Diskussionsrunde gaben junge Menschen den Input. Sie antworteten auf Fragen wie: „Wie stellst du dir deine Zukunft vor? Was ist dein Beitrag dazu? Was müssten Politiker in Zukunft ändern?“ +++ In acht **Workshops** wurde intensiv über einzelne Aspekte einer nachhaltigen Zukunft diskutiert. Das Themenspektrum reichte dabei von der Energiewende und der Regulierung der Märkte über Innovationen und Technologiepolitik, Green Jobs, Mobilität für alle und der Welternährungssituation bis hin zu einer Demokratisierung der Wirtschaft und

einem neuen globalen Gesellschaftsvertrag. +++ Der herkömmliche Wachstumsbegriff ist passé. Auch das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) sei heute kaum mehr geeignet, den Wohlstand einer Gesellschaft zu beschreiben, sagte Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. So würden die Kosten für die Reparatur von Umweltschäden das BIP erhöhen, obwohl sie die Lebensqualität stark beeinträchtigen. Nicht zuletzt deshalb habe die SPD gemeinsam mit den Grünen aufgrund der aktuellen Krisenerfahrungen die Enquetekommission des Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ initiiert. +++ Claudia Roth, Vorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, forderte einen neuen **Gesellschaftsvertrag**, getragen von einem breiten Bündnis für eine ökologisch-soziale Erneuerung der Gesellschaft: „Wir brauchen einen Green New Deal.“ +++ Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) versprach, sich in seinem neuen Amt dafür stark zu machen, dass Themen wie Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung den Stellenwert in der politischen Debatte bekommen, der ihnen zusteht. Von entscheidender Bedeutung sei dabei eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Wenn es Deutschland gelänge, in der Energiewende führendes, wettbewerbsfähiges Industrieland zu bleiben, die Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig auf eine ressourcenschonende, nachhaltige Volkswirtschaft umzusteigen, „dann wird das eine **weltweite Veränderungs-dynamik** auslösen, die dazu führt, dass auch andere dieses Modell übernehmen“. Um das zu erreichen, gehörten auch die Arbeitgeber mit ins Boot. Gemeinsam mit ihnen werde er bei der Rio+20-Konferenz ein Papier zur Green Economy vorstellen. +++ Eine rigide staatliche **Sparpolitik** ist keinesfalls „the world’s next economic top model“, stellte Prof. Dr. James K. Galbraith von der US-amerikanischen Universität in Austin (Texas) klar. Im Gegenteil: Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten müssten Staaten mit Investitionen Impulse für ein **qualitatives Wachstum** setzen. •

## Handlungsbedarf

- ✳ **Seit 2011 leben sieben Milliarden Menschen auf der Erde.**
- ✳ **Offiziell leiden 925 Millionen Menschen an Hunger, seriöse Schätzungen gehen von einer Milliarde hungriger Menschen aus.**
- ✳ **Von den 2,8 Milliarden Erwerbstätigen weltweit lebt jeder Zweite von weniger als einem Dollar (1,54 Euro).**
- ✳ **Rund eine Milliarde Menschen ist arbeitslos.**
- ✳ **200 Millionen Kinder unter 14 Jahren gehen täglich zur Arbeit statt zur Schule.**
- ✳ **Mehr als zwei Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen ihrer Arbeit.**
- ✳ **Der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist 2010 um 5,8 Prozent gestiegen.**
- ✳ **Über eine Milliarde Menschen ist ohne Strom.**
- ✳ **Rund eine Milliarde Menschen ist ohne ausreichende medizinische Versorgung.**

Quelle:

Vorträge von ReferentInnen des Transformationskongresses

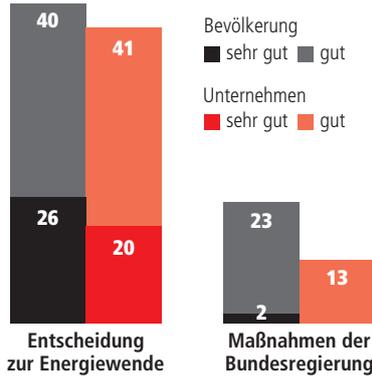
Im Internet:

[www.transformationskongress.de](http://www.transformationskongress.de)

### ENERGIEWENDE: Kritik an Bundesregierung groß

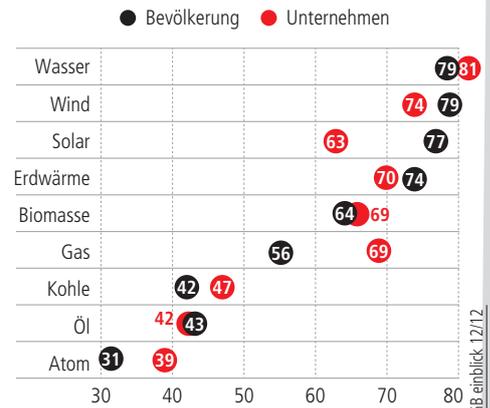
**Die Zustimmung zur Energiewende ist hoch – in der Bevölkerung wie bei den Unternehmen. Aber nur 25 Prozent der BürgerInnen und 13 Prozent der Unternehmen sind mit den Maßnahmen der Bundesregierung zufrieden. Das sind zentrale Ergebnisse des „Deutschen Energie-Kompass 2012“, einer repräsentativen Befragung durch TNS Infratest im Auftrag der IG BCE. Erneuerbare Energien werden umso besser bewertet, je größer ihre Effizienz ist. Wasserkraft liegt vorn, gefolgt von Wind- und Solarenergie.**

Anteil der Bevölkerung und der Unternehmen, die die Entscheidung zur Energiewende bzw. die Maßnahmen der Bundesregierung dazu als sehr gut oder gut bewerten (in Prozent)



Quelle: Deutscher Energie-Kompass 2012 – eine Untersuchung von TNS Infratest im Auftrag der IG BCE

Akzeptanz-Index für Kraftwerke in der Bevölkerung und in den Unternehmen



© DGB einblick 12/12

### 4 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

- 25.6.** Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Was ist uns gute Pflege wert? Zum Stand der Pflegeform 2012/2013“, Frankfurt/Main
- 25.6.** Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt, Veranstaltung „Rettungsschirme, Sparpakete oder Hebel – wie soll die Eurorettung funktionieren?“, Magdeburg
- 26.6.** DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Fachtagung „FrauenStärken: Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes - Forderungen und Realität“, Stuttgart
- 26.6.** DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, DGB-Mobilitätskonferenz „Erzwungene Mobilität? Betriebliches Mobilitätsmanagement in der Region Frankfurt-

- Rhein-Main“, Frankfurt / Main
- 26.6.** GEW, Fachtagung „Kita inklusiv?!“, Frankfurt / Main
- 28.6.** GdP und „Behörden Spiegel“, Polizeitage 2012: „Sicherheitsarchitektur im demographischen Wandel“, München
- 28.-29.6.** IG BCE, Fachtagung „Pharmastandort Deutschland“, Berlin
- 29.6.** Friedrich-Ebert-Stiftung Regensburg, Regensburger Gespräch „Das Neue Soziale Europa – Perspektiven für mehr Gerechtigkeit“, Regensburg
- 29.6.-1.7.** ver.di - Jugend Rheinland-Pfalz und Saar, Sommercamp 2012, Hauenstein/Pfalz
- 29.6.-20.7.** Friedrich-Ebert-

- Stiftung, Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“, Göttingen
- 30.6.** DGB Sachsen-Anhalt/Süd, Fachkonferenz „Gute Arbeit“, Halle/Saale
- 30.6.** DGB-Jugend Düsseldorf – Bergisch Land, Workshop „Nazis im WorldWideWeb“, Düsseldorf
- 3.7.** DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Fachtagung „Zukunft gestalten mit Bus und Bahn“, Hannover
- 4.7.** IG Metall Wolfsburg, 14. AngestelltenForum „Tarifpolitik der Zukunft“, Wolfsburg
- 5.7.** GEW Bremen, Diskussion „Wege in den Ruhestand“, Bremen

### personalien

- **Michael Panteleit**, 27, ist neuer Bundesjugendsekretär der IG BCE. Der gelernte Chemie-Laborant war vorher Leiter der Jugendbildungsstätte in Kagel. Er folgt **Kathy Hübner**, 34, die neue IG BCE-Berzirksleiterin in Karlsruhe ist.
- **Melanie Pallien**, 22, ist neue Bundesjugendleiterin der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Sie wurde von der Bundesjugendkonferenz einstimmig gewählt. Ihr Stellvertreter ist **Florian Witte**, 26.
- 7.7.** DGB, IG Metall, ver.di, Aktionsbündnis Gera, Aktionstag gegen Nazi-Rock-Festival „RfD 2012 verhindern!“, Gera

#### IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Tonio Pougin **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24 - 0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muetzel@berlin.de](mailto:bettina.muetzel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

### Schlusspunkt.

**„Die Kommunistische Partei Chinas ist nach meiner Einschätzung ein ‚wohlmeinender Diktator‘, der das Richtige tut, weshalb ich es nicht schlimm finde, dass die Partei sich diese Macht nimmt.“**

Jorgen Randers, Professor für Klimastrategie an der norwegischen Schule für Management, erklärte im „Tagesspiegel“ vom 17. Juni, wie er den Klimawandel gestaltet sehen möchte.

## Fahrtkosten

### Auch Weg zur Uni ist voll abzugsfähig

Fahrtkosten zur Universität oder Bildungseinrichtung können in voller Höhe bei der Steuer als Werbungskosten abgesetzt werden. Denn die Universität ist nicht als regelmäßige Arbeitsstätte anzusehen, auch wenn diese häufig über einen längeren Zeitraum hinweg zum Zwecke eines Vollzeitstudiums aufgesucht wird.

Die Aufwendungen für solche Dienstreisen können allerdings nur dann steuerlich berücksichtigt werden, wenn die Kosten auch tatsächlich angefallen sind.

**Bundesfinanzhof,**

**Urteile vom 9. Februar 2012 - VI R 42/11 und VI R 44/10**

## Gesetzliche Krankenversicherung

### Fettabsaugung wird nicht übernommen

Die Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten für eine Fettabsaugung zur Behandlung von Lipödemen zu übernehmen.

**Sozialgericht Mainz,**

**Urteil vom 23. April 2012 - S 14 KR 143/11**

## Seniorenheim

### Aufsicht ist ernst zu nehmen

Besteht bei der Bewohnerin eines Altenheimes eine erhöhte Sturzgefährdung, so muss das Altenheim alles tun, um einen Sturz zu vermeiden. Verletzt es seine Aufsichts- und Betreuungspflicht und erleidet die Bewohnerin dadurch einen Schaden, so ist das Heim zum Schadensersatz verpflichtet.

**Oberlandesgericht Düsseldorf,**

**Urteil vom 17. Januar 2012 - 24 U 78/11**

## Anhörung des Betriebsrats

### Sozialauswahl ist wichtig

Zur ordnungsgemäßen Anhörung des Betriebsrats zu einer beabsichtigten Kündigung gehört die Mitteilung der Gründe, warum einzelne Arbeitnehmer aus der Sozialauswahl herausgenommen worden sind.

**Landesarbeitsgericht Nürnberg,**

**Urteil vom 10. Februar 2012 - 8 Sa 342/11**

## Kindergeld

### Nicht immer bei Au-pair-Aufenthalt

Für volljährige Kinder wird Kindergeld unter anderem dann gezahlt, wenn sie für einen Beruf ausgebildet werden. Sprachaufenthalte im Rahmen eines Au-pair-Verhältnisses im Ausland sind grundsätzlich nur dann als Berufsausbildung anzusehen, wenn sie von einem durchschnittlich mindestens zehn Wochenstunden umfassenden theoretisch-systematischen Sprachunterricht begleitet werden.

**Bundesfinanzhof,**

**Urteil vom 15. März 2012 - III R 58/08**

## Zuzahlung

### Pflicht trotz fehlerhafter Behandlung

Eine fehlerhafte medizinische Behandlung im Rahmen stationärer Leistungen zur medizinischen Rehabilitation befreit nicht von der Pflicht, eine Zuzahlung zu leisten.

**Der Fall:** Die versicherte Frau beantragte Leistungen der medizinischen Rehabilitation insbesondere wegen einer Schuppenflechte an ihren Händen, die zu Beeinträchtigungen ihrer Tätigkeit als Kassiererin führte. Nach Bewilligung wurde die Maßnahme in einer Nordseeklinik durchgeführt. Nach Durchführung forderte der Rentenversicherungsträger für die stationäre Leistung zur medizinischen Rehabilitation die Zuzahlung von 32 Tagen x 10 Euro, insgesamt also 320 Euro. Die Frau weigerte sich zu zahlen. Sie begründete dies damit, dass sie in der Klinik fehlerhaft behandelt worden sei. Die Behandlung der Schuppenflechte habe mittels Lichttherapie erfolgen sollen. Dabei würden die befallenen Hautpartien einer täglich länger anhaltenden Bestrahlung ausgesetzt. Bereits anfangs habe sie die zuständige Betreuerin darauf hingewiesen, dass die Bestrahlung zu heiß sei und sie Schmerzen sowie ein „Bizzeln“ an den Handflächen verspüre. Die Betreuerin sei darauf jedoch nicht eingegangen. Als sie die Verbrennungen an den Händen dem Arzt gezeigt habe, habe dieser sofort die Absetzung der Lichttherapie und die Behandlung der Verbrennungen angeordnet. Dadurch sei sie zu einem längeren Aufenthalt in der Klinik gezwungen gewesen. Die Klage gegen das Zuzahlungsverlangen hatte keinen Erfolg.

**Das Sozialgericht:** Bei der Zuzahlungspflicht handelt es sich um eine selbstständige, dem Versicherungsträger gegenüber bestehende gesetzliche Zahlungspflicht. Es handelt sich um eine besondere Art der Kostenbeteiligung, mit der der Versicherte Vorteile ausgleichen soll, die ihm durch die gewährte Sachleistung erwachsen. Während der stationären Heilbehandlung erfährt der Versicherte eine Ersparnis von Aufwendungen für seine häusliche Lebenshaltung. Diese Vermögensmehrung wird pauschal durch den Zuzahlungsanspruch abgeschöpft.

**Sozialgericht Fulda,**

**Urteil vom 20. April 2012 - S 1 R 61/11**

## Berufskrankheiten

### Hautkrebs bei Dachdeckern zählt dazu

Die Vorstufe von bösartigen Veränderungen der Haut, durch Sonneneinstrahlung verursacht, ist als Berufskrankheit anzuerkennen.

**Der Fall:** Der Dachdecker war während seines Erwerbslebens rund vierzig Jahre lang auf Dächern der Sonneneinstrahlung ausgesetzt. Als sich bei ihm bösartige Veränderungen der Kopfhaut gebildet hatten, beantragte er die Anerkennung der Krankheit als Berufskrankheit. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Antrag ab: Im Katalog der Berufskrankheiten-Verordnung fehle bislang eine entsprechende Berufskrankheit. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

**Das Sozialgericht:** Es bestehen keine Zweifel an dem ursächlichen Zusammenhang zwischen Sonneneinstrahlung und bösartigen Hautveränderungen.

Im konkreten Fall sind die Voraussetzungen eines Ausnahmetatbestands erfüllt, der die Anerkennung von Erkrankungen ermöglicht, die nicht ausdrücklich in die Berufskrankheiten-Verordnung aufgenommen sind: „Wie-Berufskrankheiten“.

**Sozialgericht Aachen,**

**Urteil vom 16. März 2012 - S 6 U 63/10**